

Wettbewerbsfähig und sozial? Die Lissabon-Strategie aus deutsch-französischer Perspektive

Bourgeois, Isabelle; Gabel, Markus

Forschungsbericht / research report

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bourgeois, I., & Gabel, M. (2007). *Wettbewerbsfähig und sozial? Die Lissabon-Strategie aus deutsch-französischer Perspektive*. (DGAP-Analyse, 1). Berlin: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V..
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-110623>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

DGAPanalyse

Forschungsinstitut der
Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik

Februar 2007 N° 1

Deutschland, Frankreich
und Europa:
Perspektiven (4)

hrsg. von Martin Koopmann und Hans Stark

Wettbewerbsfähig und sozial?

Die Lissabon-Strategie aus
deutsch-französischer Perspektive

von Isabelle Bourgeois und Markus Gabel



Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.

Zusammenfassung

Wettbewerbsfähig und sozial?

Die Lissabon-Strategie aus deutsch-französischer Perspektive

von Isabelle Bourgeois und Markus Gabel

Trotz ihrer Reform im März 2005 bleiben die Erfolge der Lissabon-Strategie, die die Europäische Union bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der Welt machen soll, weiterhin aus. Die Ursachen des europäischen Rückstands vor allem gegenüber den USA sind bekannt: ein unvollendeter Binnenmarkt, ausufernde Sozialsysteme, die die öffentlichen Haushalte belasten, und unzureichende Forschungsinvestitionen. Um diese Schwächen in den Griff zu bekommen, sieht die Strategie eine grundlegende Reform der Wirtschafts- und Sozialsysteme vor. Dabei verfolgt sie einen umfassenden Ansatz mit Blick auf verschiedene Reformfelder. Gleichzeitig liegt die Verantwortung für die Ausgestaltung des auf EU-Ebene vertraglich vereinbarten Handlungsrahmens weiterhin bei den Mitgliedstaaten.

Die Umsetzung der Lissabon-Strategie krankt daran, dass es weiterhin an einem proaktiven Engagement der Mitgliedstaaten fehlt und es darüber hinaus versäumt wurde, die Notwendigkeit konstruktiver Wirtschafts- und Sozialreformen der Öffentlichkeit zu vermitteln. Deutschland und Frankreich unterscheiden sich in vier zentralen Punkten:

- Das Subsidiaritätsprinzip wird in beiden Ländern unterschiedlich interpretiert. Dies betrifft die Aufgabenverteilung zwischen den unterschiedlichen Ebenen ebenso wie die Funktion der gesellschaftlichen Kräfte innerhalb des jeweiligen Wirtschafts- und Sozialmodells.
- Die Interpretationen des Begriffs der »sozialen Marktwirtschaft« bzw. des ordnungspolitischen Ansatzes des europäischen Modells gehen deutlich auseinander.
- Beiden Ländern fehlt eine übereinstimmende Auffassung zu der Frage, was die europäische Integration im Kern ausmacht. Dahinter verbergen sich divergierende Vorstellungen zur politischen, wirtschaftlichen und sozialen Finalität Europas.
- Vor allem in Frankreich taucht Europa in der politischen Debatte entweder nicht auf (obwohl es der eigentliche Reformmotor ist) oder wird den Bürgern als eine ferne Macht dargestellt, die ihnen sinnlose Zwänge auferlegt.

Um Fortschritte zu erzielen, sollten diese fundamentalen Divergenzen auf politischer Ebene offen angesprochen werden. Nachhaltige Veränderungen können nur durch eine Politik der kleinen Schritte erreicht werden, die auf die Verantwortung der gesellschaftlichen Akteure aufbaut und somit die Bürgernähe weit effizienter fördert als viele Großprojekte.

Summary

Competitive and socially caring?

The Lisbon Strategy from a Franco-German perspective

by Isabelle Bourgeois and Markus Gabell

Despite its reform in March 2005 the Lisbon Strategy has thus far failed to show its intended success of making the European Union the most competitive and dynamic market worldwide. The causes for this European shortfall, especially behind the United States, are well known: an internal market not yet achieved, overfunded social security systems that burden national budgets and insufficient research investments. In order to get a grip on these shortcomings, the Strategy envisages a fundamental reform of the economic and social security systems by means of an all-encompassing approach to the different fields of reform. The responsibility for the reforms within the legal framework agreed upon on the EU-level remains in the hands of the member states.

The implementation of the Lisbon Strategy remains a weak point due to the continuous lack of a proactive commitment to EU issues by the member states paired with the fact that the necessity for constructive economic and social reforms was not communicated to the public. There are four major differences between the German and the French approach:

- The principle of subsidiarity is interpreted differently in each of the two countries. This concerns the assignment of responsibilities among the different government levels as well as the function of social forces within the respective economic and social security models.
- There is a vast divergence between both countries' interpretations of "social market economy" and of the regulatory policy approach of the European model.
- Both countries lack a common opinion regarding the essence of European Integration. This reveals their diverging conception of the political, economic and social finalities of Europe.
- France hardly has Europe (the actual driving force of reforms) on the agenda of political debate or – when it does – Europe is presented as a remote power, burdening the citizens with absurd constraints.

If progress is to be made, these fundamental disparities need to be addressed openly on a political level. Sustainable changes can only be brought about by a policy of small steps relying on the responsibility of the social actors and thus furthering citizens' confidence in Europe much more efficiently than many major projects would be capable of doing.

Inhalt

I. Ein gemeinsames Ziel, divergierende Herangehensweisen	5
II. Die unerlässliche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen	7
III. Finanzmärkte, Banken und Unternehmensfinanzierung	9
IV. Reform der sozialen Sicherungssysteme	10
V. Technologische Innovation, F&E und Wettbewerbsfähigkeit der Standorte	12
VI. Der EU-Haushalt 2007–2013	13
VII. Beschäftigung und soziales Europa	14
VIII. Schlussfolgerungen	16
Anmerkungen	19

Wettbewerbsfähig und sozial?

Die Lissabon-Strategie aus deutsch-französischer Perspektive

von Isabelle Bourgeois und Markus Gabel

I. Ein gemeinsames Ziel, divergierende Herangehensweisen

Während der Tagung des Europäischen Rates in Lissabon im März 2000 setzten sich die damals 15 Mitgliedstaaten der EU das Ziel, die Union bis 2010 »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – einem Wirtschaftsraum, der fähig ist, ein dauerhaftes Wirtschaftswachstum mit mehr und besseren Arbeitsplätzen und einem größeren sozialen Zusammenhalt zu erzielen«.¹ Für die Umsetzung dieses Zieles beschlossen sie die Lissabon-Strategie: Sie soll den Übergang von der (post-)industriellen zur wissensbasierten Wirtschaft vorbereiten. Die hierfür eingeleiteten oder noch einzuleitenden politischen Maßnahmen sollen den europäischen Binnenmarkt vollenden, die Wettbewerbsdynamik der einzelnen Länder und somit Europas verbessern sowie das europäische Sozialmodell modernisieren.

Zielvorgaben und Handlungsansätze dieser Strategie, die auch unter der Bezeichnung »growth and jobs« bekannt ist, beruhen auf der Feststellung, dass die EU an Wettbewerbsfähigkeit verloren hat – und dies in einer Situation tief greifender Veränderungen. Das wirtschaftliche Wachstum Europas, verglichen mit den Vereinigten Staaten und den neuen Herausforderern China und Indien, ist schwach. Diese Schwäche spiegelt sich nicht nur in mittelmäßigen Leistungen wieder (die Wachstumsrate liegt mindestens einen Punkt niedriger als in den USA, die durchschnittlichen Ausgaben im Bereich Forschung und Entwicklung – F&E – liegen im europäischen BIP unter zwei Prozent gegenüber 2,6 Prozent in den Vereinigten Staaten), sondern auch in einer hohen Arbeitslosigkeit, durch die ca. 19 Millionen Europäer ausgegrenzt werden.

Die europäische Wirtschaft schafft also nicht genügend Arbeitsplätze. Einer der wesentlichen Bremsklötze besteht in den hohen Sozialabgaben, die den Faktor Arbeit verteuern und so eine

Unterbeschäftigung erzeugen, die wiederum auf den öffentlichen Haushalten lastet. Die Sicherung der Finanzierung von Arbeitslosen-, Kranken- und Rentenversicherungen, die sich hauptsächlich aus den Lohnnebenkosten speist, wird ohne einen Beitrag der öffentlichen Haushalte immer schwieriger. Die ausufernden Kosten des Wohlfahrtsstaates (sowohl in Frankreich als auch in Deutschland belaufen sich Steuern und Abgaben zusammengenommen auf mehr als 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), was weit über dem europäischen Mittelwert liegt) treiben die Verschuldung der meisten Mitgliedstaaten – besonders in Deutschland und Frankreich – immer weiter in die Höhe. Das in diesen beiden Ländern erreichte Verschuldungsniveau (über 60 Prozent des BIP) stellt den Solidarcharakter der nationalen und europäischen Gesellschaftsmodelle in Frage, indem es eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung gefährdet. Es erlaubt nicht mehr, die staatlichen Investitionen auf dem Stand zu halten, der nötig wäre, um die Wirtschaft in zentralen Bereichen zu dynamisieren.

Die Investitionen in Infrastruktur, F&E, Bildung und Ausbildung sind jedoch unabdingbar für das Wachstumspotenzial und die Wettbewerbsfähigkeit einer Wirtschaft, welche sich im Übrigen mit zwei tief greifenden Veränderungen auseinandersetzen muss: mit der Überalterung der Gesellschaft und der Globalisierung. Erstere stellt eine Gefahr für die künftige Finanzierbarkeit des Sozialstaates dar und könnte sich auf die Wettbewerbsfähigkeit insofern negativ auswirken, als weniger Mittel für Innovationen bereitstehen werden. Letztere berührt direkt die Strukturen der wirtschaftlichen Systeme und hat so auch Auswirkungen auf die von diesen finanzierten Sozialsysteme. Die Grundsteine der Wirtschafts- und Sozialsysteme der Mitgliedstaaten waren in der Zeit der Industrialisierung gelegt worden. Der strukturelle Wandel – insbesondere der Tertiärisierungsprozess – hohlte diese Systeme teilweise aus. Der Trend zur weitgehenden Dematerialisierung der Prozesse und Transaktionen, der eine »wissensbasierte« Wirtschaft kennzeichnet, stellt nun ihre Grundlage in Frage. Auch kommt heute

der Ressource Wissen ein zentraler Stellenwert zu, während die gegenwärtigen Bildungssysteme ebenfalls noch dem Industriezeitalter entstammen.

Dies sind die Herausforderungen, die zu Beginn des 21. Jahrhunderts identifiziert wurden und die Lissabon-Strategie begründen. Diese folgt einem globalen Ansatz, der alle Mitgliedstaaten einbezieht und sämtliche nationalen Reformpolitiken bzw. -vorhaben zu einem umfassenden, die Zusammenhänge der einzelnen Politikfelder berücksichtigenden Reformwerk bündelt. Der Dreh- und Angelpunkt hierfür ist ein weit gefasster, ebenso globaler Begriff der Innovation, der sich nicht nur auf Wirtschaft oder Soziales bezieht, sondern weit darüber hinaus das gesamtgesellschaftliche Geschehen meint.

Die Lissabon-Strategie wurde in einem bedeutenden Moment der europäischen Geschichte, nämlich kurz vor dem Beitritt zehn neuer Mitgliedstaaten, verabschiedet. Für das »alte Europa« war dies der Anlass, grundlegende Überlegungen über die Finalität der Wirtschafts- und Sozialpolitik in der EU anzustellen. Dies galt umso mehr, als sich gleichzeitig, kurz vor Einführung der Währungsunion, die Notwendigkeit einer Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses ergab. Die Ereignisse dieser Übergangszeit haben bewusst gemacht, wie sehr die Märkte innerhalb der EU weiterhin fragmentiert sind. Die Perspektive der Erweiterung führte in den einzelnen Ländern zur Wiederbelebung nationaler Bestrebungen bis hin zu protektionistischen Maßnahmen. Dieser Trend wurde durch die absehbaren Auswirkungen der Währungsunion verschärft: Sie machte die Vollendung des Binnenmarktes unabdingbar – besonders im Bereich des Dienstleistungsverkehrs, für den dieselbe Freiheit gelten muss, wie sie seit den Römischen Verträgen für Waren gilt. Ebenso deutlich wurde die Notwendigkeit, im Kontext der durch die gemeinsame Währung geschaffenen neuen Transparenz und Solidarität die Regulierungssysteme des Wirtschaftslebens – zum Beispiel die Besteuerung der Unternehmen – innerhalb der EU neu anzupassen.

Die schwache Wettbewerbsfähigkeit Europas beruht im Wesentlichen darauf, dass die Wirt-

schafts- und Sozialmodelle der Mitgliedstaaten den Herausforderungen der Zukunft nicht angepasst sind und der Binnenmarkt noch nicht vollendet ist. Dies führte dazu, dass sich die Lissabon-Strategie durch zwei ineinander greifende Prozesse auszeichnet: zum einen durch Strukturreformen der jeweiligen nationalen wirtschaftlichen und sozialen Modelle, zum anderen durch Politiken, die auf die verschiedenen Aspekte der wissensbasierten Gesellschaft gerichtet sind (etwa technologische Innovationen). Für einen Teil dieser Bereiche sind jedoch ausschließlich die Mitgliedstaaten bzw. die Sozialpartner – und nicht die EU – zuständig. Daher findet diese Strategie zum anderen ihren Ausdruck in einer Art »Arbeitsteilung« zwischen der EU-Ebene und der der Mitgliedstaaten: der offenen Koordinierungsmethode – einem Zusammenspiel von Reformen, die auf Gemeinschaftsebene durchgeführt werden, und den jeweiligen nationalen Reformprogrammen. Damit beruhte eine europäische Initiative erstmalig auf einem vertraglichen Ansatz, der die Beteiligten in einen kollektiven Prozess einbindet.

Allerdings führte dieses neue Verfahren auch zum vorläufigen Scheitern der in Lissabon verabschiedeten umfassenden Modernisierungspolitik. Die Bilanz, die von der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok Ende 2004 erstellt wurde, bringt dies auf den Punkt:

»... die bisherigen Fortschritte [waren] unzureichend, hauptsächlich aus Mangel an Engagement und politischem Willen vonseiten der Mitgliedstaaten.«² Wenn Deutschland dank der 2003 von der Regierung Schröder eingeführten Agenda 2010 seine Verantwortung für Europa, wenn auch nur zögerlich, wahrgenommen hat, so ist die Lissabon-Strategie in Frankreich kaum befolgt worden, abgesehen von einigen gezielten politischen Maßnahmen wie die Förderung von technologischer Innovation und Clustern (»pôles de compétitivité«). Die eingeleiteten Reformen (in den Bereichen Krankenversicherung, Beschäftigung, usw.) bleiben nicht nur zaghaft und isoliert, das heißt, ohne dass der innere Zusammenhang explizit zur Geltung kommt, sondern sie beziehen sich vor allem auch nie auf die von Frankreich beim Lissabonner Gipfel eingegangenen Verpflichtungen. Dieser Bezug fehlt nun auch in Deutschland unter der Regie-

rung Merkel, wie es die Kommissionsanalyse der Nationalen Reformprogramme (NRP)³ zeigt, die Ende 2005 im Rahmen der Neuausrichtung der Lissabon-Strategie von den Mitgliedstaaten eingereicht worden waren. Diese Neuausrichtung wurde offiziell im Frühjahr 2006 eingeleitet und zeichnet sich durch eine verstärkte Führungsrolle der Kommission sowie durch einen klar formulierten Maßnahmenkatalog aus.

Weder in Deutschland noch in Frankreich wird also bei den eingeleiteten Reformen der Bezug zur Lissabon-Strategie eindeutig hergestellt. Dies erweckt den Anschein, als zögere ausgerechnet der historische Motor des europäischen Prozesses, seine Verantwortung für Europa wahrzunehmen. Mehr noch, dadurch höhlt das deutsch-französische Gespann das Entstehen einer neuen vertraglichen Logik innerhalb Europas aus – eines Ansatzes, der auf dem Prinzip der freiwilligen Selbstverpflichtung und der Verantwortung aufbaut. Anders formuliert: Dieser Trend behindert die Aneignung des europäischen Integrationsprozesses, der maßgeblich auf Vertragstreue wie gegenseitigem Vertrauen aufgebaut ist. Er trägt gleichzeitig dazu bei, nun auch solche Regeln in Frage zu stellen, die gesetzgeberischer Natur sind. So haben Frankreich und Deutschland in seltener Eintracht eine gemeinsame Politik des »opting out«⁴ betreiben können – und zwar bei zwei für die Zukunft der europäischen Wettbewerbsfähigkeit grundlegenden Dossiers: dem Maastricht-Abkommen und der Dienstleistungsrichtlinie. Diese eigenartige Interessenkoalition war aufgrund von korporatistischen und wahltaktischen Überlegungen zustande gekommen. Derzeit scheint der Rückzug auf die Verteidigung nationaler Interessen, der auch mit der Komplexität der Reformprojekte innerhalb eines jeden Landes zusammenhängt und in den Gegensätzen der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Kulturen verankert ist, das Ziel der Erneuerung des wirtschaftlichen und sozialen Modells Europas in den Schatten zu stellen.

Dieses Ziel besteht darin, das Gleichgewicht wiederherzustellen, auf dem das Prinzip der »sozialen Marktwirtschaft« beruht, das dem europäischen Einigungswerk zugrunde liegt und die Voraussetzung für Wohlstand und Solidarität bildet. In der Frage, welcher Stellenwert diesem Prinzip

beigemessen werden soll, gibt es allerdings zum Teil erhebliche Unterschiede zwischen der deutschen und der französischen Sichtweise. Die Überschriften der nationalen Reformprogramme in Frankreich und in Deutschland machen deutlich, wie konträr diese sind: »Pour une croissance sociale« versus »Innovation forcieren – Sicherheit im Wandel fördern – Deutsche Einheit vollenden«. Während Frankreich dem Sozialstaat Priorität einräumt, gibt Deutschland dem Innovationsprozess den Vorrang, was eine stillschweigende Zustimmung zur Marktwirtschaft voraussetzt. Gleichwohl müssen beide Länder sich denselben strukturellen Herausforderungen stellen.

II. Die unerlässliche Konsolidierung der öffentlichen Finanzen

Im Jahr 2006 lag die Staatsverschuldung pro Kopf bei 18 900 Euro in Frankreich und bei 18 600 Euro in Deutschland. Über mehr als drei Jahre hielten beide Länder die wesentlichen Maastricht-Kriterien (ein Haushaltsdefizit von nicht mehr als drei Prozent und ein öffentlicher Schuldenstand von nicht mehr als 60 Prozent des BIP) nicht mehr ein, was im Wesentlichen der Tatsache zuzuschreiben ist, dass beide während der vorherigen Wachstumsperiode weder Geldreserven angelegt noch die öffentlichen Ausgaben reduziert hatten. Dies steht im Gegensatz zum zentralen Ziel des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, der bei der Gründung der Währungsunion eingeführt wurde, um eine willkürliche Haushaltspolitik zu verhindern und die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen zu sichern – also eine Haushaltsführung, die auf kommende Generationen Rücksicht nimmt.

2005 wurden diese Kriterien jedoch anlässlich der Revision des Stabilitäts- und Wachstumspaktes gelockert. Diese Lockerung war durch eine Koalition der – wenn auch unterschiedlichen – Interessen des deutsch-französischen Gespanns erzwungen worden. Während Deutschland bei der Einführung der Währungsunion noch Vorreiter bei der Haushaltsdisziplin war, hat es sich im Anschluss etwas von diesem strengen Kurs distanziert und es vorgezogen, in einer Phase des

schwachen Wachstums eine expansivere Politik einzuschlagen. Frankreich hat seinerseits nie sein Missbehagen bezüglich der Philosophie des Stabilitäts- und Wachstumspaktes verhehlt, die Paris dazu zwang, seine Tradition der makroökonomischen Steuerung über die Währung aufzugeben. Erschwerend kommt hinzu, dass die Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspaktes unter einem Konstruktionsfehler leiden, der die Glaubwürdigkeit der Sanktionen einschränkt: Die einzelnen Mitgliedstaaten sind Richter in eigener Sache, was die Lockerung der Kriterien begünstigt. Die Anwendung der neuen Definition des Defizits, das nun um die konjunkturelle Komponente »bereinigt« ist, geht zwar in die richtige Richtung, aber die mögliche Berücksichtigung außergewöhnlicher Faktoren vergrößert andererseits wieder den Ermessensspielraum und verringert somit die Transparenz des Systems.⁵

Diese Entwicklungen machen die Grenzen des Europa-Engagements von Frankreich und Deutschland deutlich und tragen dazu bei, Zweifel am Wirkungspotenzial der Lissabon-Strategie aufkommen zu lassen. Die Gemeinschaftswährung setzt eine optimale Währungszone voraus – in Wirklichkeit gibt es sie jedoch längst noch nicht, insbesondere was die Mobilität der gesamten Produktionsfaktoren betrifft –, sowie die Homogenität der individuellen bzw. nationalen Präferenzen. Die Umsetzung der Lissabonner Zielvorgaben brächte die Eurozone diesem optimalen Zustand näher, da sie die Wachstumsunterschiede innerhalb der Zone verringern würde. Denn durch die geplanten Wachstumsmaßnahmen wird im Grunde nichts anderes als eine Konsolidierungspolitik angestrebt: Ein höheres Wachstum entspannt die Lage der öffentlichen Haushalte – eine unerlässliche Voraussetzung für die Entwicklung der Beschäftigung.

Deutschland hat sich diesen neuen Anforderungen schneller angepasst als Frankreich.⁶ Zwar haben die Konsolidierungsprogramme beider Länder zum Ziel, das Defizit schnell wieder unter die Drei-Prozent-Grenze zu drücken, und sollen mittelfristig die Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt ermöglichen. Jedoch hat Deutschland einen kleinen Vorsprung vor Frankreich gewonnen – unabhängig von der derzeitigen guten konjunkturellen

Lage, deren Auswirkung auf die Haushaltslage im Übrigen nicht unerheblich ist. Dass Berlin neuerdings die Bestimmungen des Paktes wieder einhält, hat vor allem eine nationale Begründung: Die neue Konsolidierungspolitik bedeutet eine Rückkehr zur Normalität, nachdem die Kosten der deutschen Einheit das Staatsdefizit hatten ausufern lassen. Unterstützend wirken in diesem Zusammenhang das Grundgesetz, welches verlangt, dass Bund und Länder den »Erfordernissen des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Rechnung zu tragen« haben (Art. 109, 2), sowie das 1967 verabschiedete Gesetz zur Förderung von Stabilität und Wachstum. Ließ die erste Regierung Schröder das Defizit noch anwachsen, folgte 1999/2000 eine orthodoxere Haushaltsführung, bevor gegen Ende der zweiten Regierung Schröder die Finanzpolitik erneut expansive Züge annahm. Wenn auch die Regierung Merkel auf Bundesebene inzwischen an eine orthodoxe Haushaltsführung anknüpft, so macht die ausufernde Verschuldung der Länderhaushalte deutlich, wie dringlich die Verabschiedung eines innerdeutschen Stabilitätspaktes als Voraussetzung für die Nachhaltigkeit der gesamtdutschen Finanzpolitik heute ist. Über eine Reform des Finanzföderalismus wird derzeit verhandelt.

Während ähnlich gestaltete nationale wie gemeinschaftliche Regeln für Stabilität und Wachstum die deutsche Konsolidierungspolitik fördern, scheint sich Frankreich, das seit einigen Jahren eine höhere Wachstumsrate verzeichnet, stärker auf automatische Stabilisatoren zu verlassen. Kein französisches Gesetz verbietet es, dass die Neuverschuldung die Investitionsausgaben übersteigt. Grundsätzlich kommt der Haushaltspolitik hier traditionell die Rolle eines wirtschaftlichen Steuerungsinstrumentes zu.

Nach der Übertragung der Währungssouveränität auf die europäische Ebene, was in Frankreich als schmerzliche Aufgabe nationaler Souveränität empfunden wurde, gerät die durch die Währungsunion geschaffene Gemeinschaftsdisziplin nun in einen Konflikt mit dieser politischen Tradition. Seither wird die Einhaltung der Maastricht-Kriterien eher als ein von außen auferlegter Zwang gesehen, kaum als eine interne strategische Politik zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Frankreich

in der EU. So bleibt der Wille zur Konsolidierung derzeit weniger ausgeprägt als in Deutschland, auch wenn das Bewusstsein eines Rückstandes Frankreichs in diesem Bereich sich seinen Weg zu bahnen scheint. Hierfür ist die bedeutsame Reform der öffentlichen Finanzen (*Loi organique relative aux lois de finances, LOLF*) ein offenkundiges Beispiel, auch wenn sie in ihrer konkreten Ausgestaltung noch verbesserungsfähig ist. In der Folge der ersten nationalen Konferenz der öffentlichen Finanzen im Februar 2006 sowie des Pébereau-Berichts, der insbesondere das Defizit der sozialen Sicherungssysteme wieder in das Gesamtdefizit Frankreichs eingliedert, schreibt das Stabilitätsprogramm für die Jahre 2007–2009 erstmals das Ziel ausgeglichener öffentlicher Haushalte für 2010 vor.

III. Finanzmärkte, Banken und Unternehmensfinanzierung

Deutsche und Franzosen sind sich einig in der Notwendigkeit einer stärkeren Integration der Finanzmärkte: Diese wird die Liquidität erhöhen, die Kosten für Kapitalbeschaffung verringern, die Kapitalallokation verbessern und so das europäische Wachstum fördern. Dennoch enthalten die nationalen Reformprogramme diesbezüglich kaum Vorschläge – allerdings fallen diese Fragen in die Zuständigkeit der europäischen Politik zur Vollendung des Binnenmarktes. Gewiss hatte die Einführung des Euro die Wirkung eines Katalysators auf die Annäherung der nationalen Finanzmärkte. Seine wachsende Rolle im internationalen Handelsverkehr wie auch als Reservewährung verstärkt diese Tendenz noch. Im Bereich der festverzinslichen Wertpapiere ist die Integration heute am weitesten fortgeschritten und weist insbesondere eine klare Konvergenz der Rendite bei den öffentlichen festverzinslichen Wertpapieren der Euro-Staaten auf.

Allerdings bestehen weiterhin zahlreiche juristische und bürokratische Barrieren, welche die Inanspruchnahme von finanziellen Dienstleistungen eines anderen europäischen Landes vor allem für die Verbraucher erschweren. Das Gleiche gilt für den Bereich der Kapitalbesteuerung, und dies trotz der europäischen Richtlinie zur Besteuerung der

Sparerträge. In diesem Zusammenhang geht das Vorhaben der Regierung Merkel, im Rahmen der Reform der Unternehmensbesteuerung eine pauschale Besteuerung der Einkommen aus Kapitalanlagen einzuführen, in die richtige Richtung.

Ähnliche Feststellungen können im Bankensektor gemacht werden. Die Märkte bleiben hier weiterhin stark von einheimischen Instituten beherrscht, auch wenn sich der europäische Konsolidierungsprozess zu beschleunigen scheint, insbesondere bei den britischen, spanischen und französischen Banken. Eines der wesentlichen Hindernisse für eine grenzübergreifende Konsolidierung besteht in dem enormen Gewicht der öffentlich-rechtlichen Banken auf dem deutschen Markt, welches vor allem durch Bankenstatuten gesichert wird. Auf Druck der Europäischen Kommission hin wurden die staatlichen Bürgschaften 2005 offiziell abgeschafft, aber inoffiziell bestehen sie weiter: Die Sparkassen und Landesbanken sind weiterhin Eigentum der öffentlichen Hand. Der Konflikt zwischen Deutschland und der Kommission ist daher noch nicht beendet. Im Vergleich hierzu entspricht das französische Bankengesetz von 1984, das 1999 durch das Gesetz zum Sparwesen und zur Finanzsicherheit ergänzt wurde (Umwandlung der Sparkassen in Kreditinstitute mit genossenschaftlichem Charakter), den Ansprüchen des gemeinschaftlichen Finanzmarktes besser.

Der europäische Binnenmarkt wird unvollendet bleiben, solange es auch keine stärkere Angleichung der Überwachungssysteme für Banken und Finanzmärkte gibt. Diese sollen nach wie vor über die Beständigkeit und die Stabilität der jeweiligen nationalen Finanzsysteme wachen. Im Übrigen ist die europäische Börsenlandschaft immer noch in eine Vielfalt von Börsennotierungs- und Abrechnungssysteme aufgesplittet, was zur Folge hat, dass die Kosten der grenzüberschreitenden Transaktionen innerhalb der EU weiterhin wesentlich höher sind als bei inländischen Abschlüssen. Hinzu kommt, dass in jedem einzelnen Markt eine sehr kleine Anzahl von Unternehmensaktien einen sehr großen Anteil am Gesamtvolumen der Transaktionen hat (in Frankreich: Total, France Telecom und BNP Paribas; in Deutschland: Allianz, Münchner Rück und Siemens). Der Fortbestand dieser einheimi-

schen Marktführer wirft die Frage nach der Effizienz der Finanzmärkte auf, was den Zugang zu Finanzierungsmitteln betrifft, insbesondere für die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU).

Ein weiteres Hindernis auf dem Weg zu einer größeren Finanzmarktintegration ist die ausbleibende Konsolidierung auf der Ebene der Börsenbetriebsgesellschaften – auch dieser Markt wird noch stark von einheimischen Anbietern beherrscht. Es gibt in diesem Zusammenhang bislang eine einzige gelungene Initiative zur Integration der Börsen von einzelnen Ländern: der Zusammenschluss der Börsen von Paris, Brüssel, Amsterdam und Lissabon im Rahmen von Euronext.

Die unfruchtbaren Versuche der Deutschen Börse, sich Euronext anzunähern, zeigen jedoch, wie sehr nationale Interessen weiterhin dominieren. Das Gewicht der Deutschen Börse (im Sinne ihrer Kapitalisierung) sowie der Erfolg ihres Marktmodells waren die wesentlichen Hindernisse für einen Zusammenschluss mit Euronext, das eine Allianz mit dem NYSE (New York Stock Exchange) bevorzugt.⁷

Nun wird durch die Nichtvollendung des gemeinschaftlichen Finanzmarktes sowie die Struktur der nationalen Banksysteme aber auch die Entwicklung der Unternehmen direkt beeinflusst, da es hierdurch nur eine begrenzte Diversifizierung des Angebotes an Finanzquellen gibt. Im Gegensatz zu Frankreich ist das deutsche Wirtschaftsgefüge sehr stark durch die Existenz eines Netzes von KMU geprägt, die traditionell enge Beziehungen zu ihrer Hausbank unterhalten. Die Finanzierung der mittelständischen Unternehmen erfolgt weiterhin hauptsächlich durch Bankkredite.

Angesichts der Rolle, welche die öffentlichen Banken in diesem Prozess spielen, wäre eine Statutenänderung der Sparkassen nicht ohne Risiko, vor allem da die privaten Banken noch kaum für die spezifischen Probleme der KMU sensibilisiert sind. So liegt denn auch dem Widerstand Deutschlands die Befürchtung zugrunde, ein Systemwechsel könne eine ähnliche Anpassungskrise herbeiführen wie in Frankreich bei der Liberalisierung seines vormals stark reglementierten Bankensystems.

IV. Reform der sozialen Sicherungssysteme

Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich beansprucht der Wohlfahrtsstaat mehr als ein Viertel des BIP (2003 handelte es sich in beiden Fällen um 29,1 Prozent⁸), ein Anteil, der in den letzten 30 Jahren ständig gewachsen ist. Die Finanzierung des Wohlfahrtsstaates trägt wesentlich zur Verschuldung der öffentlichen Haushalte bei. In beiden Ländern gibt es für die ausufernden Kosten der Arbeitslosen-, Renten- oder Krankenversicherungssysteme die gleichen strukturellen Gründe: Unterbeschäftigung, gesellschaftliche Überalterung und – wenn auch in geringerem Ausmaß – medizinischer Fortschritt. Die Systeme weisen zudem vergleichbare Charakteristiken auf, da beide dem Bismarckschen Modell entstammen. Sie werden fast ausschließlich durch den Faktor Arbeit finanziert (in Form von Beiträgen), und ihre Leistungen folgen einer Logik der Umverteilung. Die Frage ihrer Modernisierung stellt sich also in beiden Ländern in ähnlicher Weise: Ihre künftige Finanzierung muss gesichert werden, ohne das Haushaltsdefizit weiter zu vergrößern und ohne den Faktor Arbeit noch mehr zu belasten. Dazu muss die Basis der Beitragszahler ausgeweitet werden, indem der Zugang zum Arbeitsmarkt für bislang ausgegrenzte Teile der Bevölkerung (Frauen, über 60-Jährige und in Frankreich auch die unter 25-Jährigen) erleichtert wird. Außerdem muss wieder mehr Gerechtigkeit hergestellt werden zwischen den Arbeitnehmern (den Beitragszahlern) und allen anderen (die von den Solidaritätsmechanismen weitgehend ausgenommen sind). Des Weiteren muss eine gemischte Finanzierung der individuellen Absicherung ins Auge gefasst werden, d. h. eine Finanzierung, die sich aus einem Beitragsanteil und einem Kapitalbildungsanteil zusammensetzt. Schließlich müssen die verschiedenen Risikosicherungssysteme für den Wettbewerb geöffnet werden.

Nun gibt es aber große Unterschiede zwischen Deutschland und Frankreich bezüglich der eingeführten oder vorgeschlagenen Maßnahmen – und dies war bereits vor der Verabschiedung der Lissabon-Strategie der Fall. Ein Unterschied liegt in der Schwierigkeit Frankreichs, »von der Diagnose zur Umsetzung« einer Reform überzugehen.⁹ Auch

wenn man sich der Notwendigkeit einer sozialen Reform bewusst ist, so ist man noch lange nicht bereit, diese mit ihrer wirtschaftlichen Notwendigkeit zu begründen. Allerdings ist der Begriff des »Marktes« noch relativ neu in einem Frankreich, in dem es traditionsgemäß dem Zentralstaat obliegt, für das Allgemeinwohl Sorge zu tragen, also auch für die Vorsorge. Colbertismus sowie Jakobinismus haben dazu geführt, dass »eine klare Identifikation des Wesens der Sicherungssysteme fehlt«. »Der öffentlichen Meinung erscheinen sie als Regierungssysteme, während sie in Wirklichkeit paritätisch organisiert sind.«¹⁰ Institutionell kommt den französischen Gewerkschaften nicht die gleiche Verantwortung in der makroökonomischen Regulierung zu wie den deutschen Gewerkschaften. Daraus ergibt sich ein ungleiches Verständnis von Rechten und Pflichten, das sich in einem Ausufern der »sozialen Errungenschaften« ausdrückt (z.B. die Vermehrung von speziellen Rentenkassen – »régimes spéciaux«), was wiederum zur Ausgrenzung eines immer größeren Teils der französischen Bevölkerung geführt hat. Deswegen gilt jegliche gesamtökonomisch begründete Strukturreform der sozialen Sicherungssysteme als verdächtig, da sie automatisch als neoliberaler Versuch interpretiert wird, den Sozialstaat zu zerschlagen. Folglich sind die Widerstände gegen Strukturreformen sehr stark. Dies lässt sich an der schwierigen Verlängerung der Beitragsdauer zum staatlichen Rentensystem (nach einem gescheiterten Reformversuch im Dezember 1995 wurde sie 2003 von 37,5 auf 40 Jahre erhöht) ebenso beobachten wie am Zögern bezüglich der Einführung von Pensionsfonds. Man begnügt sich also damit, isolierte Maßnahmen anzuhäufen, bei denen jeweils spezielle Aspekte behandelt werden (so wurde z.B. die »Couverture maladie universelle« geschaffen, die diejenigen, die vom allgemeinen System ausgeschlossen sind, eine Mindestversorgung zusichert) – ohne das grundlegende Problem des Gleichgewichts zwischen Kosten und Einnahmen anzugehen, d.h. ohne die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme in ihren gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang zu stellen.

In Deutschland gab es lange einen ähnlichen Reformstau, bevor man sich durch die Wiedervereinigung der Notwendigkeit bewusst wurde, die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme zu

reformieren. Die Einführung von Kapitalbildungsanteilen in die Rentenfinanzierung (»Riesterrente«) hat erst um die Jahrtausendwende begonnen. In den kommenden Jahren wird das Renteneintrittsalter sukzessive auf 67 Jahre angehoben werden (in Frankreich stellt sich währenddessen die Frage, wie man die verschiedenen speziellen Rentenkassen abschaffen kann, bei denen das Renteneintrittsalter zwischen 50 und 55 liegt). Zwar stellt sich nicht die Frage einer Ausgrenzung vom Krankenversicherungsschutz, da die Koexistenz von öffentlichen und privaten Versicherungssystemen ein vielfältiges Angebot beim Risikoschutz bietet. Jedoch ist das Gleichgewicht zwischen diesen konkurrierenden Systemen nicht mehr gesichert: Es besteht eine Wettbewerbsverzerrung zwischen den auf »gute Risiken« spezialisierten privaten und den gesetzlichen Kassen, die alle Risiken absichern müssen. Wie auch in Frankreich wird durch diesen Zustand die Solidarität zwischen starken und schwachen Einkommensgruppen sowie zwischen den Generationen infrage gestellt. Der »Gesundheitsfonds«, dessen Schaffung vor kurzem beschlossen wurde, versucht hierauf eine Antwort zu geben. Jedoch wird auch dieser Kompromiss heftig kritisiert. Sein größtes Verdienst liegt eher darin, dass er der Überzeugung von einer notwendigen, grundlegenden Reform Ausdruck verleiht, als in einem Paradigmenwechsel – dieser ist auf unabsehbare Zeit verschoben worden.

In beiden Ländern ist keine der verabschiedeten Reformen oder Maßnahmen geeignet, das Problem der Überalterung grundsätzlich anzugehen, es wird den kommenden Generationen überlassen. Nun wirft eine Strukturreform der sozialen Sicherungssysteme nicht nur die schwierige Frage auf, welche Entscheidung bezüglich ihrer künftigen Finanzierung – Beiträge, Besteuerung oder kapitalbildende Anteile – getroffen werden soll. Sie führt vielmehr zu einer Frage mit einer ganz anderen Tragweite: Wie soll ihre Nachhaltigkeit gewährleistet werden, deren Grundverständnis auf der Solidarität zwischen den Generationen und den verschiedenen Einkommensstufen fußt? Es handelt sich hierbei um nicht mehr und nicht weniger als eine grundsätzliche Entscheidung für das Gesellschaftsmodell der Zukunft. Weder Deutschland noch Frankreich scheinen derzeit bereit zu sein, sich einem Paradigmenwechsel oder gar einem Systembruch zu stellen.

V. Technologische Innovation, F&E und Wettbewerbsfähigkeit der Standorte

Der bekannteste, da am stärksten mediatisierte Aspekt der Lissabon-Strategie ist das Ziel, bis 2010 einen Investitionsanteil von drei Prozent des BIP in Forschung und Entwicklung zu erreichen. In diesem Bereich ist die Verknüpfung – bzw. eher die Komplementarität – zwischen der Gemeinschafts- und der nationalen Ebene auch am leichtesten zu erkennen, und dies trotz der enormen Vielschichtigkeit, die durch die Zunahme der europäischen und der nationalen Innovationsprogramme entstanden ist. Meist konzentrieren sich diese auf einige Querschnittstechnologien (Informations- und Kommunikationstechnologie, Nanotechnologie, Biotechnologie usw.), von denen man sich eine Hebelwirkung auf die allgemeine Wettbewerbsfähigkeit erhofft, sowie auf einige Leuchtturmprogramme, an denen mehrere Mitgliedstaaten beteiligt sind.

Weiter geht die Übereinstimmung jedoch nicht. Die jeweiligen nationalen Innovationssysteme unterscheiden sich erheblich, wie allein schon der Anteil der privaten F&E-Ausgaben deutlich macht. In Deutschland liegt er traditionell bei zwei Dritteln des Gesamtvolumens, in Frankreich nur bei einem Drittel. Die Erhöhung der privaten F&E-Ausgaben, ein fester Bestandteil der Lissabon-Strategie, stellt daher besonders für Frankreich eine Herausforderung dar. Dort ist die Forschung in erster Linie im öffentlichen Sektor angesiedelt, stark auf Grundlagenforschung ausgerichtet und oft mit militärischer Forschung verbunden. Sieht man von einigen wenigen großen Konzernen ab, bleibt die Investitionstätigkeit der Unternehmen in F&E unterentwickelt. Frankreich ist kein Land der Weiterentwicklungen, sondern der Innovationssprünge; auch bleiben Industrie und Forschung nach wie vor getrennte Welten, und der Transfer von Technologien und Wissen muss dringend ausgebaut werden. Im Gegensatz dazu zeichnet sich Deutschland durch eine starke Verflechtung von Grundlagenforschung und angewandter Forschung aus, wie auch durch partnerschaftliche Verbindungen und ein enges

Kooperationsnetz zwischen mittelständischen Unternehmen, Universitäten, außeruniversitären und privaten Forschungseinrichtungen sowie Stiftungen und »Business Angels«. Berufsverbände und Handelskammern spielen eine aktive Rolle bei der Verbreitung von Wissen und beim Technologietransfer.

Zu diesen strukturellen Unterschieden kommt ein weiterer: Die französische und die deutsche Herangehensweise – »top down« versus »bottom up« – stehen in diametralem Gegensatz zueinander. Dies spiegelt sich in den schwierigen Verhandlungen zum 7. Rahmenprogramm im Bereich Forschung und Entwicklung wider. Beide Länder betonen zwar die Notwendigkeit, der F&E mehr finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen. Doch folgen sie unterschiedlichen Ansätzen bei dem Projekt, einige bereits bestehende technologische Plattformen des 6. Rahmenprogramms zu integrierten technologischen Initiativen (JTI) auszuweiten und aus ihnen europäische Großprojekte zu machen. Da Deutschland Schwierigkeiten im Management solcher Projekte befürchtet, setzt es sich für eine experimentelle Phase mit einigen wenigen Projekten ein sowie für eine Verknüpfung zwischen den JTI und den EUREKA-Projekten. Letztere stehen dem deutschen Ansatz näher, da sie von den Unternehmen selbst getragen werden und sich an der Marktnachfrage orientieren. In dieser Hinsicht besteht eine weitgehende Übereinstimmung zwischen dem deutschen Innovationssystem und der Lissabonner Zielvorgabe: Technologische Innovation soll auf das gesamtwirtschaftliche Gefüge ausstrahlen.

Diese verschiedenen Herangehensweisen lassen sich natürlich auch in den jeweiligen nationalen Innovationsprogrammen erkennen. Die deutschen Programme begnügen sich meist damit, Themenfelder grob abzustecken und eine angebotsorientierte Politik zu bieten: Den Projekten der Unternehmen und Forschungseinrichtungen wird Unterstützung geboten – sei es in Form von finanziellen Mitteln oder durch die Bereitstellung von Internet-Plattformen.¹¹ Ganz anders die französischen Innovationsprogramme, die sich im Gegensatz dazu durch eine zentrale Steuerung der eingesetzten Mittel

und Einrichtungen sowie durch eine detaillierte Aufstellung von Forschungsrichtungen und -zielen auszeichnen.¹² In diesem Zusammenhang werden innovative KMU zwar besonders gefördert, doch beschränkt sich diese Förderung im Großen und Ganzen auf diverse steuerliche Maßnahmen; außerdem stellt ihnen die Zentralverwaltung diverse Softwareprogramme etwa zum Informationsmanagement zur Verfügung. Damit nimmt der Staat auch im Bereich der Innovation seinen Vorsorgeauftrag wahr, der die Bereitstellung bzw. Vorgabe von Instrumenten sowie die Schaffung einer zentralen Einrichtung der »intelligence économique« beinhaltet. Die staatliche französische Auffassung von Wissensmanagement drückt sich so in einer zentralen Steuerung der Information aus. Ganz anders das deutsche – prozessorientierte – Verständnis des Wissensmanagements, das als klassische Managementaufgabe im Kern auf die globale Wettbewerbsfähigkeit des einzelnen Unternehmens ausgerichtet ist. Auch diese Form der Innovation ist vielgestaltig und polyzentrisch organisiert. Sie vereint in einem Verbundsystem sowohl Forschungseinrichtungen wie die Fraunhofer-Institute als auch Stiftungen, die sich Transferleistungen widmen (z. B. die Steinbeis-Stiftung), sowie die Verbände.

Diese Unterschiede setzen sich auch in der regionalen Standortpolitik fort. Die Konkurrenz zwischen den Bundesländern (Standortwettbewerb) ist ein wesentlicher Bestandteil von Wirtschaftssystem und -struktur in Deutschland. Die Länder führen ihre Strukturpolitik souverän, was seit jeher auch die Förderung von Clustern beinhaltet. In der deutschen Auffassung hat »Clusterentwicklung... nichts mit Sektorenförderung zu tun und ist auch kein neuer Name für Industriepolitik«.¹³ Wenn auch in Frankreich manche Experten für ein »Wachstum nach dem Muster eines Ökosystems«¹⁴ plädieren, so verfolgt die neue französische Standortpolitik zur Entwicklung von Clustern (»pôles de compétitivité«) einen entgegengesetzten Ansatz: denjenigen einer neuen Variante der Industriepolitik, zu der sich die Regierung im nationalen Reformprogramm offen bekennt. In einem der Programmpunkte geht es um die »Umsetzung eines staatlichen Voluntarismus in den Bereichen Industrie und Forschung«. Im Jahr 2005 wurden so aus dem Nichts 66 »pôles de compétitivité« geschaffen, die darauf abzielen,

regionale Synergien zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen herzustellen, und die auf bestimmte Thematiken ausgerichtet sind (Informations- und Kommunikationstechnologien, Energie, Luftfahrt etc.). Da der Dezentralisierungsprozess noch nicht abgeschlossen ist, werden diese künftigen Cluster unter anderem auch finanziell (über 500 Millionen Euro an öffentlichen Geldern) von der Zentralverwaltung bis auf die lokale Ebene hinab begleitet.

Trotz der Bemühungen, die dies- und jenseits des Rheins unternommen werden, wird das Ziel der Drei-Prozent-Investitionshöhe für F&E im Jahr 2010 nicht erreicht werden. Deutschland nähert sich diesem Ziel mit ca. 2,5 Prozent am meisten an, in Frankreich werden dagegen nur 2,2 Prozent erreicht. Für die Unternehmen ist es schwierig, diesen Anteil deutlich zu erhöhen. Während die deutsche Wirtschaft aber immerhin beachtliche Beiträge leistet, werden die französischen Unternehmen durch die Vorherrschaft der staatlichen Grundlagenforschung sowie das Fehlen einer Kultur des Wissenstransfers kaum dazu angeregt. Gleichzeitig ist die Ausweitung staatlicher Forschungsinvestitionen in beiden Ländern durch das Gebot der Haushaltskonsolidierung begrenzt.

VI. Der EU-Haushalt 2007–2013

Der Haushaltsrahmen, den die EU im Dezember 2005 für die Jahre 2007–2013 verabschiedet hat, wird es kaum erlauben, die Ziele der Lissabon-Strategie schnell zu erreichen. Mit 1,045 Prozent des BIP der Union bleibt das Budget deutlich unter den 1,26 Prozent, welche die Kommission ursprünglich vorgeschlagen hatte. Jedoch haben die Verhandlungen zu einigen Fortschritten geführt, die – auch wenn sie kaum wahrnehmbar sind – dennoch grundlegende Bedeutung haben: Es handelt sich in erster Linie um den Beginn eines Prozesses, der den Schwerpunkt nach und nach weg von der Gemeinsamen Agrarpolitik hin zum Ziel der Wettbewerbsfähigkeit verschiebt.¹⁵

Im Kern aber wurden durch diesen Haushalt die deutsch-französischen Divergenzen nicht beseitigt. Der Fortschritt ist zwar nicht zu leugnen, was die

Unterstützung für interne politische Maßnahmen betrifft (Forschung, Justiz), deren Finanzmittel bedeutend erhöht wurden. Dagegen ist Frankreich innerhalb der EU immer stärker isoliert, wenn es um die Verteidigung der Gemeinsamen Agrarpolitik als Mechanismus der Solidarität und des Ausgleichs geht. Diese Haltung eröffnet im Zusammenhang mit der Erweiterung eine neue Front – dieses Mal auf der Ebene der Kohäsionspolitik. Tatsächlich rechtfertigt die EU ihre Kohäsionspolitik weder mit den Folgen externer Effekte (wie z. B. die Verschmutzung eines landwirtschaftlichen Gebiets durch eine benachbarte Industrieregion) noch mit dem Zweck eines interregionalen Finanzausgleichs gegen die Auswirkungen asymmetrischer Schocks, sondern ausschließlich mit dem Argument der Solidarität und des Ausgleichs.

Das Beispiel »Aufbau Ost« zeigt nun aber, dass Maßnahmen, die ausschließlich auf dem Solidaritätsprinzip (in einem rein egalitären Sinne) gründen, dazu führen können, dass die Mittel wenig zielgenau nach dem Gießkannenprinzip vergeben werden. Bezogen auf Europa lehrt die deutsche Erfahrung, dass Regionalpolitik nur dann effizient sein kann, wenn sie eng mit den anderen Politikfeldern und mit wirtschaftlichen Institutionen koordiniert ist. Solange dies aufgrund des schmalen operativen Spielraums der Europa-Politik unmöglich bleibt, sollten sich die Regionalhilfen auf Gebiete mit großem Wachstumspotenzial konzentrieren und sich weitestgehend am Subsidiaritätsprinzip orientieren. Auf dieser Feststellung gründet die neue Haltung Deutschlands zur Kohäsionspolitik: Sie hat die Bundesrepublik dazu veranlasst, erneut zum ersten Nettobeitragszahler der EU zu werden – eine im Namen der Solidarität mit den neuen Mitgliedstaaten bewusst getroffene Wahl.

Wenn auch die Überlegungen bezüglich Struktur und Wirksamkeit der europäischen Fonds weiterhin ein Konfliktfeld zwischen Deutschland und Frankreich bleiben werden, so darf man die Gemeinsamkeiten nicht vergessen: Erwähnt sei das Ziel, den Steuerwettbewerb innerhalb der EU zu verringern. Dieser wird als ungerecht angesehen, da manche Mitgliedstaaten, so der Vorwurf, auf der einen Seite mehr europäische Subventionen verlangten und auf der anderen Seite nicht genügend Anstrengungen

unternahmen, um ihre eigenen Steuereinnahmen zu verbessern. Die Regierung Merkel will sich daher dafür einsetzen, die Regionalbeihilfen bei jenen Ländern zu kürzen, die, gemessen an ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, nicht ein Mindestniveau an Steuereinnahmen erreichen.

VII. Beschäftigung und soziales Europa

Kein Bereich ist so komplex wie dieser. Das kommt in erster Linie daher, dass die Schaffung von Arbeitsplätzen das Ergebnis aller politischen Maßnahmen ist, die auf die Verbesserung der Rahmenbedingungen abzielen. Es geht um eine wirtschaftliche Dynamik, die durch die Gesamtheit der im Rahmen der Lissabon-Strategie vorgesehenen Reformen auf eine neue Grundlage gestellt werden soll. Diese Sichtweise ist in Deutschland sehr viel stärker verankert als in Frankreich, wo dem Staat – und nicht den Sozialpartnern – die Aufgabe der Makroregulierung des Arbeitsmarktes zukommt. Diese Komplexität rührt in zweiter Linie daher, dass, gemäß dem Subsidiaritätsprinzip, für diesen Bereich die Mitgliedstaaten zuständig sind und in den einzelnen Ländern meistens die Sozialpartner. Dies erklärt unter anderem, warum die in den jeweiligen Nationalen Reformprogrammen enthaltenen Maßnahmen zugunsten der Beschäftigung so unterschiedlich sind.

Allgemein betrachtet ist die Beschäftigungssituation in beiden Ländern ähnlich schlecht. Sowohl in Frankreich als auch in Deutschland lag die Arbeitslosenquote im Jahr 2005 mit jeweils 9,9 Prozent bzw. 9,5 Prozent (Eurostat) über dem europäischen Mittelwert (7,9 Prozent für die EU-15). Die Beschäftigungsquote lag bei 63,1 Prozent für Frankreich und bei 65 Prozent für Deutschland (65,2 Prozent in der EU-15), während sie in Großbritannien und in den skandinavischen Ländern 70 Prozent überstieg.¹⁶

So gibt es in den beiden wirtschaftlich wichtigsten Ländern Europas, die sich zudem durch ein äußerst großzügiges Sozialmodell auszeichnen, eine starke soziale Ausgrenzung, die sich seit der ersten Erdölkrise abgezeichnet hat und mit dem beginnenden

Strukturwandel beschleunigte. Wenn die deutsche Wiedervereinigung einen deutlichen Anstieg der Unterbeschäftigung in den neuen Ländern zur Folge hatte, kann die nach wie vor hohe Arbeitslosigkeit heute nicht mehr auf den wirtschaftlichen Transitionsprozess zurückgeführt werden, der im Großen und Ganzen abgeschlossen ist. Der Grund ist nunmehr in den anhaltenden regionalen Disparitäten zwischen Ost und West sowie auch zwischen Nord und Süd zu suchen, wobei diese Ungleichheiten jedoch weniger ausgeprägt sind als in Frankreich. In Deutschland hat sich die Situation normalisiert. Beide Länder leiden gleichermaßen unter dem Rückgang der Industrie in der Übergangsphase zur wissensbasierten Wirtschaft. Ebenso bekommen sie die nicht intendierten Auswirkungen eines großzügigen, ausufernden Arbeitslosenversicherungssystems zu spüren, das zahlreiche Schlupflöcher in eine »gewünschte« Arbeitslosigkeit schafft. Nur Deutschland hat es bisher gewagt, mit dem Hartz-IV-Gesetz eine grundsätzliche Reform des Leistungssystems anzugehen, um dadurch den Anreiz für die Rückkehr in die Beschäftigung zu vergrößern. In Frankreich hat man sich bislang damit begnügt, im Rahmen des »Plan d'aide au retour en emploi« (PARE) eine Reihe von Anreizen zu geben und die bezugsberechtigten Arbeitslosen stärker zu kontrollieren.

Diese Maßnahmen reichen jedoch nicht aus, um die hohe Sockelarbeitslosigkeit zu verringern, die hauptsächlich Langzeitarbeitslose betrifft – diejenigen, die auch am geringsten qualifiziert sind. Diese Situation ist in beiden Ländern identisch und betrifft jeweils mehr als eine Million Menschen. Es ist also erforderlich, andere Maßnahmen zu ergreifen, und zwar auf zwei Ebenen. Einerseits die verstärkte Öffnung eines Niedriglohnssektors: In Frankreich müssten die Löhne unterhalb des SMIC liegen, der einen zu hohen Anspruchslohn festlegt, als dass der Markt gering qualifizierte Arbeitskräfte aufnehmen könnte. In Deutschland müsste die Grenze unterhalb der tariflichen Mindestlöhne liegen. In beiden Ländern ist aber die Reformresistenz groß. In Frankreich betonen Regierung und Gewerkschaften die Unvereinbarkeit mit dem gesetzlich verankerten Gleichheitsprinzip – ein Prinzip, das im Übrigen durch die Zunahme spezieller Vorsorgesysteme wiederum in Frage gestellt

wird. In Deutschland befürworten die Gewerkschaften weiterhin eine Politik, die hohe Löhne durch hohe Qualifizierung rechtfertigt. Die derzeitige Debatte über die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns entspringt eher einem Wetteifern zwischen IG Metall und ver.di um das sozialverträglichste Image sowie einem verzweifelten Versuch, ihre durch den Strukturwandel ausgehöhlte Repräsentativität aufrechtzuerhalten. Grundsätzlich treten die deutschen Gewerkschaften eher für eine Anhebung der Qualifikationen ein – die zweite erforderliche Maßnahmenebene.

In Deutschland, wo das gesamte Ausbildungssystem darauf angelegt ist, »den Übergang von Bildung/Ausbildung zur Beschäftigung zu bewerkstelligen«,¹⁷ ist die Frage der Qualifizierungssteigerung – entsprechend der sich wandelnden Nachfrage des Arbeitsmarktes – nicht nur ein frommer Wunsch. Während das Europa der technologischen Innovation eine Exzellenzoffensive in den höheren Qualifikationsgruppen erfordert, hat die PISA-Studie der OECD die Schlüsselrolle der frühen Schulbildung ins Bewusstsein gerückt, insbesondere die Aneignung jener »Basic Skills«, deren Beherrschung die Grundvoraussetzung für den Erwerb von in einer Wissensgesellschaft unabkömmlichen Schlüsselkompetenzen ist. Dabei geht es in erster Linie um die Fähigkeit zum lebenslangen Lernen in einem sich ständig weiter entwickelnden beruflichen Umfeld. Die Modernisierung der dualen Berufsausbildung, die nach wie vor den Königsweg der beruflichen Eingliederung darstellt und die hohe Beschäftigungsquote der 15- bis 24-Jährigen in Deutschland erklärt (42 Prozent im Jahr 2005, was weit über dem Durchschnitt der EU-25 liegt), ist in diesem Zusammenhang ein weiteres vorrangiges Reformfeld. Diese Reform ist im Gange.

In Frankreich liegt die Beschäftigungsquote der unter 25-Jährigen bei nur 30,1 Prozent. In dieser Altersklasse ist die Arbeitslosenquote nicht nur doppelt so hoch wie in Deutschland, sondern auch doppelt so hoch wie die gesamte Quote. Es handelt sich hierbei um eine eindeutige Einstiegsarbeitslosigkeit, verursacht durch ein Ausbildungssystem, das stark auf Allgemeinbildung ausgerichtet ist, das vom Arbeitsmarkt völlig abgekapselt ist und in dem die berufliche Ausbildung ein Schattendasein

führt. Die kürzlich erst aufgekommene Tendenz, die Ausbildungsbranche zu professionalisieren, stellt hier zwar einen Fortschritt dar. Doch seit Mitte der 1970er Jahre lassen sich die politischen Maßnahmen zugunsten der Beschäftigung von jungen Menschen in einer Anhäufung von Teilmaßnahmen zusammenfassen, die keinerlei ernsthafte Auswirkungen in diesem Bereich hatten, da sie dem Grundproblem ausweichen: der starken Trennung von Arbeitsmarkt auf der einen und Bildungssystem auf der anderen Seite.

Eine dieser Maßnahmen bestand darin, die Senioren zum vorzeitigen Ruhestand zu bewegen. Die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen ist in Frankreich eine der niedrigsten in Europa (2005 lag sie bei 37,9 Prozent, gegen 42,5 Prozent im Mittelwert der EU-25). In Deutschland liegt die Quote bei 45,4 Prozent. Seitdem die zweite Regierung Schröder sowie die Gewerkschaften sich von der Vorstellung verabschiedet haben, dass Arbeit ein Gut ist, das umverteilt werden kann, dürfte sich diese Quote noch erhöhen. Ein ähnlicher Wandel zeichnet sich in Frankreich ab, wo mittlerweile die Notwendigkeit erkannt wird, die Lebensarbeitszeit zu verlängern, um die Zukunft der Rentensysteme auch in einer alternden Gesellschaft zu sichern. Dies sind in beiden Ländern die Prämissen für die Erfüllung eines der Lissabon-Ziele: »Flexibilität und Sicherheit für alle«, ein Ziel, das die Europäische Kommission in ihrem kürzlich erschienenen Grünbuch zur Reform des Arbeitsrechts in der EU genauer ausgeführt hat.¹⁸

Nicht zuletzt muss sowohl in Deutschland als auch in Frankreich ebenfalls der Arbeitsmarkt flexibler gestaltet werden – d. h., es müssen jene »Rigiditäten« aufgehoben werden, die regelmäßig in den Berichten der OECD angeprangert werden. Der bestehende Regulierungsrahmen (ob gesetzlicher oder vertraglicher Natur) muss reformiert werden, da er die Spanne zwischen Insidern und Outsidern vergrößert, die Arbeitszeit begrenzt und dadurch die Produktivität senkt. Dies verhindert jedoch die Etablierung produktiver und daher rentabler Unternehmen, die allein zum Beschäftigungsaufbau beitragen können. In beiden Ländern wurden Reformen auf den Weg gebracht, die kaum mit dem globalen Kontext der wirtschaftlichen Ver-

änderungen in Verbindung stehen. Noch dazu hat Frankreich etwas Rückstand auf Deutschland, wo das Verständnis, dass wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sozialen Wohlstand bedingt, einen das Gesellschaftsmodell begründenden Konsens bildet.

Gemeinsam ist beiden Ländern wiederum, dass keines seine Sozialreformen offen mit der Lissabon-Strategie begründet; sie werden der Öffentlichkeit als rein nationale Angelegenheiten dargestellt. Die Folge ist, dass die öffentliche Meinung nicht »zwischen den Auswirkungen der Globalisierung, der EU-Politik und der einzelstaatlichen Politik auf ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen« unterscheidet.¹⁹ Auf die Konsequenzen wurde in zahlreichen Studien hingewiesen: Europa wird als ein Instrument zur »Zerschlagung sozialer Errungenschaften« gesehen; die EU-Dienstleistungsrichtlinie wurde lange mit der Begründung kritisiert, das Herkunftslandprinzip fördere »Sozial-Dumping«; der europäische Verfassungsvertrag wurde in Frankreich insbesondere mit dem Argument abgelehnt, er begünstige die Wirtschaft zu Lasten des »europäischen Sozialmodells«.

VIII. Schlussfolgerungen

Sich zu Europa bekennen...

Nun war es ja bisher so, dass »der wirtschaftlichen Integration lange Zeit die Bedeutung einer Wachstumspolitik zukam.«²⁰ So gesehen bedeutet die Lissabon-Strategie einen Neuanfang: Sie »stellt ein europäisches Gesellschaftsprojekt dar.«²¹ Genau hier liegt das Problem: Für die Mitgliedstaaten besteht die größte Schwierigkeit darin, sowohl die wahre Tragweite des Projekts als auch den eigentlichen Grund für das Scheitern des Lissabon-Prozesses zu ermessen.

Hierbei muss jedoch berücksichtigt werden, dass die Lissabonner Zielvorgaben aus dem Jahre 2000 stammen, also zu einem besonderen Zeitpunkt verabschiedet wurden. Der Europäische Rat setzte sich damals mehrheitlich aus linken Regierungen zusammen, die Europa eine sozialere Ausrichtung geben wollten. 2000 erreichte gleichzeitig die Euphorie der »New Economy« ihren Höhepunkt, und die europäische Konjunktur befand sich in einer starken

Wachstumsphase. Die Währungsunion war kurz zuvor in Kraft getreten, und die Umstellung auf den Euro stand bevor. Dies alles förderte ein neues Verständnis für die inneren Zusammenhänge des beobachteten Wandels und seiner Auswirkungen. Dieser Kontext nährte die Utopie, dass die diversen Zielvorgaben gleichzeitig erreicht werden können, wenn man nur einen entsprechend globalen Ansatz verfolgen würde. So setzte man sich ehrgeizige Ziele, die jedoch sehr allgemein blieben, da ja jeder Mitgliedstaat sie selbst mit konkreten Inhalten zu füllen hatte. Was diesen globalen Ansatz kennzeichnet, ist also, dass er von der kumulativen Wirkung der einzelnen Reformvorhaben ausgeht, und dies in einer Wechselwirkung der sowohl auf nationaler als auch auf EU-Ebene geführten Politiken. Nicht bedacht wurde dabei die wahre Tragweite dieses Ansatzes, der es in erster Linie erfordert, sich für ein Gesellschaftsmodell zu entscheiden bzw. ein »europäisches Modell« zu definieren.

Das nährte die Kritik in Frankreich wie in Deutschland. Der Lissabon-Strategie wurde vorgehalten, die Union halte sich mit konkreten Vorgaben zu sehr zurück – eine sonderbare Ablehnung der nationalen Eigenverantwortung im Europäischen Verbund in Verkennung des Subsidiaritätsprinzips! Zwar teilt Deutschland, das mit diesem Prinzip besser vertraut ist als Frankreich, eher die in den Schlussfolgerungen des Kok-Berichts vertretenen Ansichten: Für mikroökonomische Reformen sind die Mitgliedstaaten verantwortlich. Frankreich hingegen vertritt die Meinung, dass das Scheitern der Lissabon-Strategie darauf zurückzuführen ist, dass die Union sich nicht mit denjenigen Instrumenten ausgestattet hat, die nötig gewesen wären, um diese Ziele zu erreichen. Paris schlägt die Rehabilitierung einer kontrazyklischen Wirtschaftspolitik vor, die zu einer reaktiveren Geldpolitik, einer Steuerung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes und einer Umschichtung der öffentlichen Ausgaben zugunsten der Nachfrage führen sollte.²²

Eigentlich liegt das Hauptproblem der Lissabon-Strategie weder in der gewählten Methode der offenen Koordinierung noch in ihrer Komplexität, sondern darin, dass sie in ihrer Tragweite nicht wirklich verstanden und akzeptiert wird: Es geht um die Gestaltung einer europäischen Ordnungs-

politik. Aber wollen dies die Mitgliedstaaten auch wirklich? Vielleicht wird die deutsche Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 genügend Überzeugungsarbeit leisten, um diesbezüglich eine größere Übereinstimmung zu schaffen. Sicher ist dies keineswegs, zu sehr gehen die deutsche und die französische Vorstellung von einem europäischen Wirtschafts- und Sozialmodell auseinander. Die Konturen dieses Modells müssen noch definiert werden: Hier liegt das eigentliche Ziel der Lissabon-Strategie. Dies setzt nun aber voraus, dass gesellschaftliche Entscheidungen getroffen werden – oder anders ausgedrückt: dass auch und vor allem gemeinsame Werte näher bestimmt werden. Dies kann nicht ohne die enge Einbindung der Gesellschaft geschehen. Ohne ihre Beteiligung würde die Ablehnung sowohl des europäischen Integrationsprozesses als auch der im Namen der nationalen Wettbewerbsfähigkeit durchgeführten Reformen die Oberhand gewinnen.

Folglich müssen sich Deutschland und Frankreich offen zu Europa bekennen, indem sie einen gemeinsamen Reflexionsprozess über die Finalität Europas in Gang bringen. Dieser muss auf Gemeinschafts- wie zwischenstaatlicher Ebene stattfinden und natürlich in der jeweiligen nationalen Öffentlichkeit. Das Wissen um die Lissabon-Strategie und die Identifizierung mit dem europäischen Einigungswerk dürfen nicht nur den Eliten vorbehalten sein. Ohne eine enge Einbeziehung der organisierten Gesellschaft als »Faktor« des Wirtschafts- und Sozialmodells, ohne eine verstärkte Berücksichtigung aller ihrer Relais in der öffentlichen Meinung droht die Lissabon-Strategie – und darüber hinaus die europäische Integration –, ins Leere zu laufen.

... und endlich die Schlüsselrolle einer verantwortungsbewussten Gesellschaft anerkennen

Gegenwärtig ist es heikel, der deutschen und der französischen Regierung konkrete Handlungsempfehlungen zu unterbreiten, da die deutsche EU-Ratspräsidentschaft zeitlich mit dem Wahlkampf in Frankreich zusammenfällt – eine Zeit, die sich kaum für ein verbindliches Engagement eignet. Außerdem besteht in Frankreich die Gefahr, dass jegliche Bezugnahme auf Europa und ganz besonders auf die Reformen des Wirtschafts- und Sozi-

almodells, die im Rahmen der Lissabon-Strategie anstehen, zu einer systematischen ideologischen Ausbeutung der vorgebrachten Argumente führen könnte. Dies könnte eine ähnlich weitreichende Desinformationskampagne auslösen, wie sie anlässlich des Referendums zum EU-Verfassungsvertrag zu beobachten war.

Wenn er sie auch verlangsamen dürfte, wird der französische Wahlkampf die Fortführung der Verhandlungen auf europäischer Fachebene nicht beeinträchtigen – solche Verhandlungen kommen notwendigerweise nur mittelfristig zum Abschluss. In dieser Phase wäre es also sinnvoll, dass die Akteure der organisierten Gesellschaft ihre Kontakte mit den ausländischen Partnern intensivieren, um so die Effizienz der Verhandlungen zu gewährleisten. Da diese Akteure von den politischen Veränderungen nur am Rande betroffen sind, könnte eine stabilere Partnerschaft eine dauerhafte Basis für eine institutionelle Kooperation auf Nichtregierungsebene darstellen, auf welche sich anschließend die politischen Akteure bei der Bestimmung der Ziele der Gemeinschaft besser stützen können.

Generell könnte die Bundesregierung die Zeit des französischen Wahlkampfes nutzen, um ihre Kontakte in Frankreich über den Kreis ihrer üblichen institutionellen Partner hinaus auszudehnen. Das heißt, sie sollte die Akteure der Gesellschaft aktiver einbinden – insbesondere jene Experten und Wissenschaftler, die durch ihre Analysen und ihren Rat zu einem besseren Verständnis dessen, was auf dem Spiel steht, beitragen könnten; ebenso auch zu einem besseren Verständnis der Debatten auf beiden Seiten des Rheins. Auf diese Weise könnten sie die Reflexionen über politische Entscheidungen sowohl auf bilateraler als auch auf Unions-Ebene weiter fördern.

Auf der bilateralen Ebene sollte die deutsch-französische Kooperation wieder systematisch in ihren europäischen Kontext gestellt werden, so dass die Öffentlichkeit, im Bewusstsein der treibenden Rolle der deutsch-französischen Kooperation für Frieden und Wohlstand in Europa, eine ebenso positive Vorstellung der europäischen Integration entwickeln kann. Hierfür sollte in der Öffentlichkeit auf die engen Wirtschaftsbeziehungen und die starke

wirtschaftliche Interdependenz beider Länder hingewiesen werden. Es muss aber vermieden werden, eine deutsch-französische Harmonie zu beschwören, die heute von den Bürgern beider Staaten aufgrund der Normalität des Austauschs wie der Erfahrung mit der Realität des Nachbarn als leere Floskel empfunden wird.

Im Vordergrund stehen derzeit die internen Konflikte des Luft- und Raumfahrtunternehmens EADS. Sie betreffen jedoch nur einen sehr besonderen Fall, den man nicht verallgemeinern sollte. Denn er ist in keiner Weise repräsentativ für die Qualität der alltäglichen Zusammenarbeit zwischen den unzähligen anonymen kleinen und mittleren Unternehmen. Dagegen ist es nun von grundlegender Bedeutung, die Meinungsverschiedenheiten offen anzusprechen. Fast ein halbes Jahrhundert nach der Unterzeichnung des Elysée-Vertrages kann es nicht mehr darum gehen, ausschließlich das zu mobilisieren, was unsere beiden Länder einen könnte. In der Herangehensweise und im Diskurs empfiehlt sich ein Paradigmenwechsel: Man muss es wagen, die kulturellen Unterschiede beherzt zur Sprache zu bringen. Sie gehören zur Vielfalt Europas und prägen die Alltagserfahrung der Europäer ebenso wie ihr Bewusstsein.

Auf der bilateralen Ebene sollte man auch die Erklärung von Poitiers (2003) mit Leben erfüllen. Sie bietet die Grundlage für eine Kooperation der Länder und Regionen, d. h. der verschiedenen Gebietskörperschaften. Gewiss sind die Kompetenzen der Länder und der Regionen kaum vergleichbar, aber diese Gebietskörperschaften bilden den Lebensraum der Bürger. Sie sind der Ort, wo die Menschen den Auswirkungen der politischen Maßnahmen direkt ausgesetzt sind, ob diese nun gemeinschaftlicher, nationaler oder lokaler Art sind. Die Weiterentwicklung der in Poitiers begonnenen Zusammenarbeit und ihre stärkere Verankerung im Europa der Regionen würden die Identifizierung der Bürger mit dem europäischen Integrationsprozess fördern.

Generell sollten in der Öffentlichkeit die positiven Auswirkungen der europäischen Integration für unsere beiden Gesellschaften und Wirtschaftsräume nicht nur hervorgehoben, sondern auch

konstruktiv dargestellt werden. Hierfür ist ausschlaggebend, dass die deutsche und die französische Regierung der Gesellschaft vertrauen. Sowohl in Deutschland als auch in Frankreich sind europäische Überzeugungen viel stärker verbreitet als es die offiziellen Reden oder manche Umfragen oder selbst auch das französische »Nein« zur europäischen Verfassung glauben lassen. Dieses Vertrauen setzt voraus, dass man sich nicht auf die etablierten Partner beschränkt, die der Politik nahestehen. Ihr Handlungsspielraum ist wegen der eigenen Gesetzmäßigkeiten des Machtapparats begrenzt. Stattdessen sollte die Vielzahl der Relais in der öffentlichen Meinung anerkannt und wesentlich enger eingebunden werden. Denn diese Relais werden von denjenigen gebildet, die ihre Verantwortung dadurch wahrnehmen, dass sie in ihrem unmittelbaren Umfeld alltäglich über Europa aufklären, und auf diese Weise Europas menschliche Dimension vorleben.

Allein eine Politik der kleinen Schritte, die auf das verantwortliche Handeln der unzähligen Relais in der Gesellschaft vertraut, vermag die globale Neubegründung des wirtschaftlichen und sozialen Modells Europas, welche die Lissabon-Strategie einschließt, mit Leben zu füllen. Ihre Wirkung ist nachhaltiger und gleichzeitig kostengünstiger als zahlreiche Großprojekte, die zwar von grundlegender Bedeutung sind, aber allein der Elite vorbehalten bleiben und daher mit dazu beitragen, dass Europa den französischen und deutschen Bürgern immer fremder wird, weil sie sich in den weitaus von ihren Alltagssorgen getroffenen Entscheidungen nicht wieder erkennen können.

Isabelle Bourgeois, Dozentin an der Universität Cergy-Pontoise, wissenschaftliche Mitarbeiterin am »Centre d'Information et de Recherche sur l'Allemagne contemporaine« (CIRAC, Cergy-Pontoise), Chefredakteurin von »Regards sur l'économie allemande. Bulletin économique du CIRAC«.

Dr. Markus Gabel, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Netzwerk des CIRAC und Dozent am Institut d'Etudes Politiques de Paris.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Europäischer Rat, Lissabon, 23. und 24. März 2000, Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Dokument Nr. 100/1/00.
- 2 Vgl. Die Herausforderung annehmen. Die Lissabon-Strategie für Wachstum und Beschäftigung. Bericht der Hochrangigen Sachverständigengruppe unter Vorsitz von Wim Kok, November 2004.
- 3 Vgl. Time to move up a gear. Country chapters, Communication from the Commission to the spring European Council, Brüssel, 25.01.2006 [Part II to COM(2006) 30].
- 4 Vgl. René Lasserre, Sortir de 'l'opting out' franco-allemand, in: Regards sur l'économie allemande. Bulletin économique du CIRAC, Nr. 71, Mai 2005.
- 5 Vgl. Michael Heise, Lissabon II, Chancen für Europa, Discussion paper, Allianz Group, Nr. 5, 2005.
- 6 Vgl. Markus Gabel, Fiscalité: Réforme structurelle et consolidation budgétaire, in: Regards sur l'économie allemande. Bulletin économique du CIRAC, Nr. 78, Oktober 2006.
- 7 Vgl. Markus Gabel, Finance: Le cas de la Deutsche Börse AG et ses conséquences pour la place financière allemande, in: Regards sur l'économie allemande. Bulletin économique du CIRAC, Nr. 73, Oktober 2005.
- 8 Vgl. Eurostat, Sespros, in: CERECE, La France en transition 1993–2005, Bericht Nr. 7, November 2006.
- 9 Vgl. Patrick Hassenteufel, René Lasserre, Jean-François Trogrlic, Henrik Uterwedde, Stefanie Wahl, Quel avenir pour le modèle social européen?, in: Isabelle Bourgeois (Hrsg.), Le modèle social allemand en mutation, CIRAC, Cergy-Pontoise, 2005.
- 10 Vgl. ebenda.
- 11 Siehe z.B. <<http://www.bmbf.de>> oder <<http://www.bmw.de>>.
- 12 Vgl. z.B. Ministère de l'Economie, des Finances et de l'Industrie, Technologies clés 2010, Paris 2006, oder dgl., Tableau de bord de l'innovation. 15ème édition, Juli 2006.
- 13 Vgl. Claas van der Linde, Cluster und regionale Wettbewerbsfähigkeit. Wie Cluster entstehen, wirken und aufgewertet werden, in: Oleg Cernavin u. a., Cluster und Wettbewerbsfähigkeit von Regionen. Erfolgsfaktoren regionaler Wirtschaftsentwicklung, Berlin, 2005.
- 14 Vgl. Christian Blanc, Pour un écosystème de la croissance, Rapport au Premier Ministre, Assemblée Nationale, 2004.
- 15 Vgl. Markus Gabel, Europe : Budget européen: l'Allemagne se repositionne, in: Regards sur l'économie allemande. Bulletin économique du CIRAC, Nr. 75, März 2006.

- 16 Vgl. CEREC, a. a. O. (Anm. 8).
- 17 Vgl. Werner Zettelmeier, *Allemagne: la transition éducation/formation/emploi*, in: *Regards sur l'économie allemande*. Bulletin économique du CIRAC, Nr. 75, März 2006.
- 18 Vgl. Europäische Kommission, Grünbuch. Ein moderneres Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, KOM(2006) 708 endgültig, 22.11.2006.
- 19 Vgl. Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss, Stellungnahme des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses zum Thema »Auf dem Weg zur europäischen Wissensgesellschaft – Der Beitrag der organisierten Zivilgesellschaft zur Lissabon-Strategie« (Sondierungsstellungnahme), 14.12.2005, SC/024.
- 20 Vgl. Philippe Aghion, Elie Cohen, Jean Pisani-Ferry, *Politique économique et croissance en Europe*. Rapport du Conseil d'Analyse Economique, 2006.
- 21 Vgl. CESE, *Mise en œuvre de la Stratégie de Lisbonne*. Contribution suite au mandat du Conseil européen des 22 et 23 mars 2005 [CESE 1468/2005 rév.].
- 22 Vgl. Philippe Aghion u. a., a. a. O. (Anm. 20). Vgl. auch: Henri Sterdyniak, *Quelle marge de manœuvre pour la politique économique? L'exemple français*, in: *Cahiers français*, Nr. 335, November 2006.

